

Trinkwasser

1. *Gibt es Pläne, mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen oder Wasserspender im Stadtgebiet zu installieren, um in Hitzeperioden einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit zu leisten?*

Ja. Wir sehen die Einrichtung von Trinkwasserbrunnen als wichtigen Beitrag zum Gesundheits- und Hitzeschutz. Bereits durch eine Elterninitiative konnte am Gymnasium in Korschenbroich ein Trinkbrunnen installiert werden. Dieses erfolgreiche Beispiel hat dazu geführt, dass inzwischen geprüft wird, auch an weiteren Schulen im Stadtgebiet Brunnen aufzustellen. Diesen Prozess unterstützen wir ausdrücklich und werden uns dafür einsetzen, dass er konsequent weiterverfolgt wird. Hierfür wurden Parteiübergreifend erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Sollte diese Prüfung zu positiven Ergebnissen führen, werden wir uns im nächsten Schritt dafür starkmachen, dass auch im öffentlichen Raum Trinkwasserbrunnen und Wasserspender eingerichtet werden. Auf diese Weise wollen wir die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger verbessern und einen aktiven Beitrag zur Gesundheitsvorsorge in Zeiten zunehmender Hitzeperioden leisten.

2. *Wie soll in Zukunft die Versorgung mit Trinkwasser in der Kommune gesichert werden?*

Die langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung hat für uns höchste Priorität. Dazu gehören wassersparende Technologien, gut gewartete Infrastrukturen und die enge Zusammenarbeit mit den Versorgern. Gleichzeitig muss der Schutz des Wassers bereits auf den Feldern beginnen: Ökologische Landwirtschaft leistet durch Verzicht auf Pestizide und synthetische Dünger den besten Beitrag zum Grundwasserschutz. Deshalb setzen wir uns für mehr Bio- und Regionalprodukte in der Gemeinschaftsverpflegung ein. So verbinden wir Wasserschutz, Gesundheit und regionale Wertschöpfung zu einer zukunftsfähigen Strategie.

Essbare Stadt

1. *Welche der folgenden Maßnahmen würden Sie aktiv durch entsprechende Beschlüsse unterstützen?*

Maßnahme 1: Mindestens 50% der Neupflanzungen auf öffentlichen Flächen erfolgen mit essbaren und/oder insektenfreundlichen Pflanzen.

Maßnahme 2: Wünschenswert wäre, in jedem Stadtteil mindestens ein „Urban-Gardening-Projekt“ (Gemeinschaftsgärten) einzurichten, in dem vielfältige Obst- und Gemüsearten zum Verzehr für alle angebaut werden.

Maßnahme 3: Die Stadt unterstützt tatkräftig die Pflege der Gemeinschaftsbeete (in Schulen und im öffentlichen Raum durch z. B. sogenannte AGH (Arbeitsgelegenheit)-ler (Langzeitarbeitslose, die auch auf längere Sicht keine Aussicht auf Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, mithelfende Asylbewerber und andere).

Alle genannten Maßnahmen sind begrüßenswert und unterstützenswert. Bei Maßnahme 1 würden wir über die Mindestquote von 50% deutlich hinausgehen. Im Prinzip sollten sämtliche Neupflanzungen diesen Kriterien entsprechen. Besonders hervorheben möchten wir jedoch Maßnahme 2: Urban-Gardening-Projekte bieten die Chance, die Bewohnerinnen und Bewohner Korschenbroichs aktiv einzubeziehen und gemeinschaftlich Verantwortung für Ernährung, Umwelt und Zusammenhalt zu übernehmen. Mit der Verwaltung würden wir

hierzu das Gespräch suchen, um unkompliziert ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen.

Fairer Handel

1. *Wie stehen Sie dazu, dass kommunale Verwaltungen den Fairen Handel fördern, indem sie sich verpflichten, fair gehandelte Lebensmittel/Produkte wo immer möglich, zu bevorzugen, z. B. zur persönlichen Versorgung und auch bei öffentlichen Veranstaltungen?*

Wir befürworten, dass kommunale Verwaltungen fair gehandelte Produkte bevorzugen – insbesondere bei Lebensmitteln wie Kaffee, Tee oder Schokolade. Fairer Handel stärkt soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit. Zugleich ist uns wichtig, regionale und ökologische Produkte ebenso zu fördern, da sie Transparenz, Nachhaltigkeit und lokale Wertschöpfung sichern. Entscheidend ist für uns die Verbindung von globaler Solidarität und regionaler Verantwortung.

2. *Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, den fairen Handel als Bildungsthema verstärkt in die kommunale Bildungslandschaft zu integrieren?*

Fairer Handel sollte als Bildungsthema stärker in Schulen, Kitas und Erwachsenenbildung verankert werden – etwa durch Projektstage, Kooperationen mit Weltläden oder faire Frühstücke. Wichtig ist auch die Einbindung in Aus- und Fortbildungen sowie das Vorleben durch die Kommune selbst. So wird globale Verantwortung konkret erfahrbar.

Bio-Landwirtschaft

1. *Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Anteil an ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben in den Kommunen/dem Kreis zu erhöhen, um eine umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft zu fördern?*

Um mehr Ökolandbau zu ermöglichen, braucht es vor allem gesicherte Absatzmärkte. Ein zentraler Hebel ist die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas, Kliniken und Altenheimen, die konsequent auf regionale Bio-Produkte umstellen sollte. Dafür müssen Politik und Verwaltung die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, damit Betriebe Planungssicherheit haben und auf nachhaltige Landwirtschaft umstellen können.

Nachhaltigkeit und regionale Lebensmittelversorgung

1. *Würden Sie sich aktiv, z. B. mit politischen Beschlüssen in den Aufbau / Einrichtung eines Food Hubs einbringen?*

Food Hubs sind eine tolle Zukunftsvision, die wir grundsätzlich unterstützen würden. Im ersten Schritt wollen wir jedoch – wie bereits in der Vergangenheit gefordert – zunächst Wochenmärkte in allen Stadtteilen Korschenbroichs etablieren, um regionale Erzeuger direkt mit den Menschen vor Ort zu verbinden.

2. *Sehen Sie weitere Möglichkeiten, um die Vermarktung regionaler Lebensmittel von örtlichen Landwirten zu fördern, z. B. Auf-/Ausbau von Wochenmärkten, Abendmärkte mit Verkauf von regionalen Lebensmitteln und in der Gastronomie?*

Neben Wochenmärkte sowie die Einbindung regionaler Produkte in der Gastronomie sind ist in unseren Augen ein weiterer Ansatz, die tägliche Nachfrage zu stärken – etwa durch

regionale Produkte in Gemeinschaftsverpflegung, Betrieben und über Arbeitgebergutscheine. So entsteht eine stabile Grundlage für unsere Landwirte und regionale Ernährung wird Teil des Alltags.

3. *Unterstützen Sie die Entwicklung und Verabschiedung einer Ernährungsstrategie, z.B. im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie?*

Ja, wir unterstützen die Entwicklung einer kommunalen Ernährungsstrategie. Entscheidend ist, dass sie praxisnah, verbindlich und mit klaren Zuständigkeiten umgesetzt wird – etwa durch nachhaltige Beschaffung, faire Preise, Bildung und Gesundheitsprävention. Wichtig ist uns zudem, die Bürgerinnen und Bürger sowie lokale Akteure aktiv einzubeziehen.

Ernährungssicherheit

1. *Wie verhindern Sie, dass zunehmend landwirtschaftliche Fläche zugunsten von Städtebau, Gewerbe- und Industriegebieten verloren geht?*

Landwirtschaftliche Flächen müssen systematisch geschützt und gleichrangig mit Wohn- und Gewerbebau berücksichtigt werden. Dafür braucht es transparente, langfristige Planung und die Einbindung landwirtschaftlicher Akteure. Zur nachhaltigen Landwirtschaft gehört auch ein Verzicht auf den Anbau von Pflanzen zu Energiegewinnung.

2. *Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Ausbau landwirtschaftlicher Flächen zu unterstützen und den Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln zu erhöhen?*

Brachflächen sollen gezielt für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden, insbesondere für ökologische Betriebe. Öffentliche Flächen sollen bevorzugt an regionale, nachhaltig wirtschaftende Betriebe verpachtet werden. Durch gezielte Nachfrageförderung – etwa in öffentlichen Einrichtungen – kann regionale Versorgung wirtschaftlich gestärkt werden.

Selbstversorgung erfordert stabile Strukturen, faire Rahmenbedingungen und langfristige Flächensicherung.

Gemeinschaftsverpflegung in Kita und Schule

1. *Befürworten Sie die verbindliche Umsetzung von DGE- Qualitätsstandards bis 2030 als Mindeststandard in der Kita- und Schulverpflegung?*

Ja, wir unterstützen die verbindliche Einführung der DGE-Standards bis 2030, dabei sind Bio, Regionalität, Frische und die Zusammenarbeit mit lokalen Zulieferern wichtig.

2. *Würden Sie sich aktiv dafür einsetzen, den DGE-Qualitätsstandard als Basisqualität für die Verpflegungsangebote in Ausschreibungen und Ratsbeschlüssen festzuschreiben?*

Ja, der DGE-Standard sollte in Ausschreibungen und politischen Beschlüssen für die Verpflegungsangebote in städtischer Verantwortung verankert werden. Bio-Produkte sind unerlässlich für gesunde und nachhaltige Verpflegung.

3. *Welche Möglichkeiten können Sie sich vorstellen, ein beitragsfreies Schul- und Kitaessen in entsprechender Qualität für alle Kinder umzusetzen?*

Ein beitragsfreies Mittagessen erfordert eine solide Finanzierung, die Kommunen alleine nicht tragen können. Eine Beteiligung durch Land und Bund sowie klare Qualitätsvorgaben wie Bio und Regionalität sind notwendig. Es ist eine Investition in Gesundheit, Bildung und regionale Landwirtschaft.

Ernährungsbildung im Rahmen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung

- 1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kitas und Schulen in Ihrer Kommune/dem Kreis bei der Ernährungsbildung unterstützt werden?*

Wir setzen uns dafür ein, dass Kitas und Schulen in unserer Kommune gezielt bei der Ernährungsbildung unterstützt werden. In den Kitas in Korschenbroich gibt es bereits heute wichtige Fördermaßnahmen, die etwa das Selbstbewusstsein der Kinder stärken oder das Miteinander fördern. Daran möchten wir anknüpfen, indem wir die bestehenden Angebote um eine systematische Ernährungsbildung erweitern.

Schon jetzt gibt es in den Korschenbroicher Kitas Initiativen mit Elternbeteiligung, die sich mit gesunder Ernährung befassen und Veranstaltungen für die Kinder organisieren. Diese guten Ansätze wollen wir verstärken und ausbauen.

Unser Ziel ist es, Kinder frühzeitig für gesunde Ernährung zu sensibilisieren, Eltern in diesen Prozess einzubeziehen und die Einrichtungen dabei mit den nötigen Ressourcen zu unterstützen. So schaffen wir eine nachhaltige Grundlage für Gesundheit, Wohlbefinden und Chancengerechtigkeit unserer Kinder.

- 2. Welche Maßnahmen sind vorstellbar, die Bildungsakteur:innen in den Kommunen zu aktivieren, um gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährungskompetenzen zu fördern?*

Wir wollen kommunale Bildungspolitik so gestalten, dass Ernährung als Thema in allen Bildungsbereichen erlebbar wird – von der Kita über die Schule bis hin zur Jugendarbeit und Familienbildung. Vorstellbar sind dafür kommunale Netzwerke oder Ernährungsforen, in denen Einrichtungen und Akteur:innen zusammenarbeiten, Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und Erzieher:innen durch Fortbildungen sowie praxisnahe Formate wie Kochaktionen, Projektwochen oder Kooperationen mit regionalen Betrieben. Entscheidend ist, dass Kinder und Jugendliche Ernährung nicht nur theoretisch kennenlernen, sondern praktisch erfahren und wertschätzen lernen.

- 3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass jede Kita und jede Schule in Ihrer Kommune/im Kreis ein eigenes Obst-, Gemüse- und/oder Kräuterbeet anlegt und pflegt?*

Wir sehen in der Anlage und Pflege eigener Obst-, Gemüse- oder Kräuterbeete in jeder Kita und Schule eine gute Möglichkeit, Ernährungsbildung praktisch erlebbar zu machen. Tatsächlich wird dies bereits in einigen Einrichtungen in unserer Kommune erfolgreich umgesetzt und unterstützt. Um dieses Engagement weiter zu fördern, setzen wir auf den Austausch unter den Einrichtungen, damit gute Beispiele und Erfahrungen geteilt werden können. Darüber hinaus könnten Kooperationen mit lokalen Vereinen, Gärtnereien oder Landwirten sowie kleine finanzielle Förderprogramme den Einstieg erleichtern. So schaffen wir die Rahmenbedingungen, dass möglichst jede Kita und jede Schule ein eigenes Beet anlegen und gemeinsam mit Kindern, Eltern und Pädagog:innen pflegen kann.